

POSTULAT von Barbara Angelsberger (FDP, Urdorf), Katharina Weibel (FDP, Seuzach) und Hans-Peter Portmann (FDP, Thalwil)

betreffend Bewertung der Staatsgarantie für die ZKB

Der Regierungsrat wird eingeladen in einem Bericht darzulegen, welche maximalen Forderungen zulasten der Staatsgarantie entstehen könnten. Ebenso soll der Regierungsrat darlegen, wo er für eine allfällige Abgeltung eine marktgerechte Bewertung der Staatsgarantie sehen würde, dies insbesondere in Bezug auf die damit gegebene Bonitätsverbesserung und der daraus resultierenden Eigen- sowie Fremdmittelkostensenkung für die ZKB.

Barbara Angelsberger
Katharina Weibel
Hans-Peter Portmann

Begründung:

Steuerzahlende tragen heute mit der Staatsgarantie das letzte Risiko aller Geschäftstätigkeiten der ZKB. Die Bezifferung dieses Risikos wurde letztmals in FDP-Vorstössen aus den Jahren 1995, 1997 und 2003 erfragt. Unterdessen sind die Geschäftstätigkeiten der ZKB markant gewachsen und haben sich auch teilweise gewandelt. Gerade wie im aktuellen Fall mit Optionsgeschäften auf Sulzeraktien zeigt sich, dass der risikoreiche Derivathandel bei der ZKB heute eine ganz andere Rolle spielt als noch vor 5 bis 10 Jahren. Es ist eigentlich untragbar, dass Steuerzahlende des Kantons Zürich die Restrisiken sämtlicher Geschäftstätigkeiten der ZKB mittels Staatsgarantie tragen müssen, ohne in Kenntnis deren Grössenordnungen zu sein. Auch wird nicht wie zum Teil in anderen Kantonen die Staatsgarantie von der ZKB direkt abgegolten. Dabei stellt die Staatsgarantie für die ZKB einen bezifferbaren materiellen Wert dar. Im Sinne der Transparenz erachten wir es als angebracht, dass Risiken sowie Wert der Staatsgarantie beziffert und offen gelegt werden.